



Was diese Woche wichtig war

Die Proteste in Belarus reissen nicht ab, China ermittelt in der Schweiz – und eine Republikanerin wird gecancelt

Woche 35/2020 – das Kurzbriefing aus der Republik-Redaktion.

Von [Philipp Albrecht](#), [Ronja Beck](#), [Dennis Bühler](#), [Oliver Fuchs](#) und [Christof Moser](#), 28.08.2020

Belarus: Der Präsident mit der Kalaschnikow

Darum geht es: Vergangenes Wochenende ist es erneut zu grossen Protesten gegen den frisch «wiedergewählten» Präsidenten Alexander Lukaschenko gekommen. Lukaschenko kontert mit Machtdemonstrationen und Provokationen. Die Opposition pocht weiterhin auf Neuwahlen.



Sie werden nicht weniger, sie lassen nicht nach: Demonstration in Minsk gegen Alexander Lukaschenko (23. August). Sergei Grits/AP Photo/Keystone

Warum das wichtig ist: Zehntausende zogen am Wochenende erneut durch die Hauptstadt Minsk, um gegen den Autokraten Lukaschenko und seine höchst umstrittene Wiederwahl zu demonstrieren. Am Sonntag zeigte das Staatsfernsehen, wie er vor den Menschenmassen vor dem Präsidentenpalast aus einem Helikopter stieg – ausgerüstet mit schuss-sicherer Weste und einer Kalaschnikow. Trotz anhaltender Proteste und des steigenden Drucks aus der EU macht Lukaschenko bisher keinerlei Zugeständnisse an seine Kritikerinnen, im Gegenteil. Inzwischen bezeichnet er die Protestierenden als «Ratten». Das Militär hat er zudem in volle Gefechtsbereitschaft versetzt, wie eine Staatsagentur berichtete. Begründet wird dies mit einem angeblichen Aufgebot von Nato-Truppen an der westlichen Grenze, die eine Revolution erzwingen wollten. Die Nato sowie die Regierungen in Polen und Litauen widersprechen Lukaschenko und werfen ihm Propaganda vor.

Was als Nächstes geschieht: Die im Exil weilende Oppositionelle Swetlana Tichanowskaja fordert weiterhin Neuwahlen. Sie selbst würde jedoch nicht antreten, sagte sie in einem TV-Interview. Sie habe «mehr als genug» von Politik. Lukaschenko versucht derweil, mit einer Blockade von Dutzenden Medien im Land die täglichen Proteste zum Erliegen zu bringen. Zudem liess er diese Woche zwei bekannte Oppositionelle unter Arrest stellen. Der EU, die Lukaschenkos Wahl nicht anerkennt, stösst dies sauer auf. Der deutsche Aussenminister Heiko Maas bezeichnete die Verhaftungen als «absolut inakzeptabel» und drohte Konsequenzen an. Demnächst sollen Sanktionen gegen Weggefährten von Lukaschenko in Kraft treten.

Verdacht eines Giftanschlags auf Alexei Nawalny erhärtet sich

Darum geht es: Bei einem Flug vom sibirischen Tomsk nach Moskau ist Putin-Kritiker Alexei Nawalny vergangene Woche plötzlich unter starken Schmerzen zusammengebrochen. Seither liegt Nawalny im Koma. Jüngste Untersuchungen der Berliner Charité, in der er inzwischen behandelt wird, weisen auf eine Vergiftung hin. Die russische Regierung weist jede Verantwortung von sich.



Die Polizei sichert die Berliner Charité, wo die Ärzte um das Leben von Alexei Nawalny kämpfen. Krisztian Bocsi/Bloomberg/Getty Images

Warum das wichtig ist: Alexei Nawalny gilt als einer der lautesten Putin-Kritiker und Anti-Korruptions-Kämpfer in Russland. Im August vor einem Jahr vermuteten Gefolgsleute zuletzt eine Vergiftung Nawalnys. Der Oppositionelle sass damals im Gefängnis, als er mit plötzlichen Rötungen und Abszessen ins Spital eingeliefert wurde. Gemäss russischen Ärzten soll es sich jedoch bloss um eine «allergische Reaktion» gehandelt haben. Auch dieses Mal diagnostizierten die Ärzte im sibirischen Omsk, wo Nawalny nach der Notlandung des Flugzeuges initial behandelt wurde, eine Stoffwechselstörung. Kurz darauf gaben sie jedoch an, eine industrielle Chemikalie an Haaren und Kleidern festgestellt zu haben. Eine deutsche Nichtregierungsorganisation trieb ein Flugzeug auf, um ihn für die weitere Behandlung nach Berlin zu fliegen. Es folgte ein tagelanges Hickhack, bis die russische Klinik den Transport freigab. Bei klinischen Untersuchungen an der Berliner Charité wurden bei Nawalny nun sogenannte Cholinesterase-Hemmer festgestellt. Nervengifte wie unter anderem Nowitschok zählen zu dieser Wirkstoffgruppe. Es wird vermutet, dass Nawalny einen Cholinesterase-Hemmer in einem Tee zu sich nahm, den er kurz vor dem Abflug trank. Nowitschok ist seit 2018 weltbekannt. Damals wurden der britisch-russische Doppelagent Sergei Skripal und seine Tochter im englischen Salisbury mit dem Mittel vergiftet. Der Giftanschlag löste eine diplomatische Krise zwischen Grossbritannien und Russland aus.

Was als Nächstes geschieht: Eine solche Krise droht Putin nun erneut. Der Kreml ist sich auch dieses Mal keiner Schuld bewusst. Stattdessen äussern hohe Regierungsvertreter Theorien eines Komplotts des Westens. Russische Staatsmedien streuen diese Theorien. Eine Anzeige von Nawalnys Angehörigen bleibt ungehört, die Behörden haben bis heute kein Strafverfahren zum möglichen Giftanschlag eröffnet. Die Charité in Berlin hat dafür eine «breitgefächerte Analytik» eingeleitet, um zu klären, welches Mittel nun genau schuld an Nawalnys Zusammenbruch ist.

Umstrittener Polizeieinsatz erschüttert Wisconsin

Darum geht es: In der Stadt Kenosha im US-Bundesstaat Wisconsin kommt es seit dieser Woche zu teils friedlichen, teils gewalttätigen Protesten. Demonstrantinnen und Polizisten liefern sich erbitterte Konfronta-

tionen, Häuser und Autos werden in Brand gesteckt. Zwei Menschen wurden erschossen.



Hört ihr uns endlich? Protest gegen erneute Polizeigewalt in Kenosha, Wisconsin. David Goldman/AP Photo/Keystone

Warum das wichtig ist: Die Proteste haben ihren Ursprung in einer am Sonntag veröffentlichten und seither viral gegangenen Videoaufnahme. Das Video zeigt, wie zwei Polizisten in Kenosha den Afroamerikaner Jacob Blake vor seinem Auto umstellen. Als Blake um sein Auto geht und die Fahrertür öffnet, schießt ihm ein Polizist aus nächster Nähe sieben Mal in den Rücken. Blake überlebt die Schüsse, ist aber von der Hüfte abwärts gelähmt. Der Fall weckt Erinnerungen an George Floyd, der Ende Mai bei einem Polizeieinsatz getötet wurde. Entsprechend heftig sind die Reaktionen in Kenosha. Täglich gehen Tausende Menschen in der 100'000-Einwohner-Stadt auf die Strasse. Die Proteste sind nicht immer friedlich, vor allem in den Abendstunden kam es – der verhängten Ausgangssperre zum Trotz – mehrfach zu Zusammenstößen mit der Polizei. Bilder zeigen zudem, wie bewaffnete Mitglieder einer Bürgerwehr die Protestierenden flankieren. Am Dienstag eskalierte die Situation: Ein weisser Mann schoss mit einem Gewehr um sich und tötete dabei zwei Menschen. Demonstranten filmten den Mann. Inzwischen haben die Behörden den mutmasslichen Täter verhaftet: Bei dem 17-Jährigen soll es sich gemäss Medienberichten um einen Anhänger von Donald Trump und Blue Lives Matter handeln, einer Gegenbewegung zu Black Lives Matter, die sich gegen Gewalt an Polizisten einsetzt.

Was als Nächstes geschieht: Die Polizisten, die beim Einsatz gegen Jacob Blake beteiligt waren, wurden beurlaubt. Nebst den Behörden in Wisconsin hat auch das Justizdepartement eine Untersuchung gestartet. Präsident Trump hat die Nationalgarde aktiviert: 500 Militärs sollen in Wisconsin wieder für «LAW and ORDER» sorgen, so der Präsident auf Twitter.

Den Verantwortlichen des Postauto-Skandals drohen Gefängnisstrafen

Darum geht es: Nach zweieinhalbjähriger Untersuchung erhebt das Bundesamt für Polizei (Fedpol) am Donnerstag Anklage gegen sechs Personen, die für den Postauto-Skandal von 2018 verantwortlich sein sollen. Neben dem früheren Finanzchef der Post, Pascal Koradi, sind fünf Personen ange-

klagt, die Teil der Geschäftsleitung und des Kaders der Postauto AG waren. Bis ein rechtskräftiges Urteil vorliegt, gilt die Unschuldsvermutung.

Warum das wichtig ist: Im Februar 2018 machte das Bundesamt für Verkehr (BAV) publik, dass die Postauto AG mit gefälschten Rechnungen rund 100 Millionen Franken an Subventionen ertrugen hatte. Unabhängige Juristen bezeichneten die Vorgänge nach der Aufarbeitung als «System der Manipulation». Während acht Jahren erwirtschafteten die Verantwortlichen bei Postauto illegale Gewinne. Gleich mehrere Kontrollstellen, darunter die Wirtschaftsprüfer von KPMG und die Konzernleitung der Post, hatten versagt. Später zeigten Untersuchungen, dass der frühere Post-Finanzchef Pascal Koradi von den Vorgängen gewusst haben musste. Er bestritt die Vorwürfe zwar, musste im Juni 2018 aber dennoch seinen Posten als CEO der Aargauischen Kantonalbank räumen. Zur gleichen Zeit übernahm auch Post-Chefin Susanne Ruoff die Gesamtverantwortung und trat per sofort zurück. Seither hat das Fedpol 25 Millionen Datensätze gesichtet und 70 Personen befragt. Obwohl es nur noch die strafbaren Handlungen ab 2014 berücksichtigen konnte, weil die Tätigkeiten bis 2013 laut Verwaltungsstrafrecht bereits verjährt sind, bezeichnet es die Handlungen als strafrechtlich gravierend.

Was als Nächstes geschieht: Die Anklageschrift wird nun dem Strafgericht des Kantons Bern überwiesen. Es muss die Frage beantworten, ob es sich bei den Handlungen um Leistungsbetrug handelt. Falls dem so ist, drohen den Angeklagten bis zu fünf Jahre Gefängnis.

Chinas Staatssicherheit darf in der Schweiz ermitteln

Darum geht es: Die «NZZ am Sonntag» machte publik, dass die chinesischen Sicherheitsbehörden seit 2015 die Identität von abgewiesenen Asylsuchenden, illegal Eingereisten und Sans-Papiers in der Schweiz ermitteln dürfen, wenn die Vermutung besteht, sie könnten aus China stammen. Die Kosten für den Aufenthalt der chinesischen Beamten, die zwei Wochen «ohne offiziellen Status» auf Schweizer Boden Befragungen durchführen dürfen, übernimmt die Schweiz. Der entsprechende Staatsvertrag mit China war bisher kaum bekannt, weil es sich laut dem Bundesamt für Migration (SEM) bloss um einen «technischen Vertrag» handle, der nicht veröffentlicht werden müsse.



Laut chinesischen Behörden ein «Bildungszentrum»: Menschen hinter Gittern in der Provinz Xinjiang im Westen des Landes (Dezember 2018). Ng Han Guan/AP Photo/Keystone

Warum das wichtig ist: Der Staatsvertrag mit China wirft die Frage auf, ob die Schweiz der chinesischen Staatssicherheit politische Dissidenten und Flüchtlinge ausliefert, die ethnischen Minderheiten angehören – zum Beispiel Tibetaner. Seit der Invasion im zuvor unabhängigen Tibet 1959 unterdrücken die chinesischen Behörden die dortige buddhistische Bevölkerung rigoros. Oder Uiguren: In der nordwestlichen Provinz Xinjiang werden nach Schätzungen eine Million Menschen dieser ethnischen Minderheit in Lagern festgehalten, von den Chinesen euphemistisch «Berufsbildungszentren» genannt. Gemäss SEM reisten chinesische Sicherheitsbeamte zuletzt 2016 in die Schweiz ein, was zur Rückschaffung von 13 Personen führte. Personen, die vom Regime verfolgt werden, sollen keine betroffen sein. Allerdings räumt das SEM ein, dass unbekannt sei, was mit den Rückgeschafften in China passiert.

Was als Nächstes geschieht: Gegen Chinas Ermittler in der Schweiz regte sich Widerstand in der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats (APK). Publik wurde der Vertrag, weil die Schweiz das Abkommen mit China derzeit neu verhandelt – unbesehen der Tatsache, dass das kommunistische Regime soeben ein Sicherheitsgesetz in Hongkong durchsetzte, das der Staatssicherheit den Zugriff auf Personen ermöglicht, die das Regime für subversiv, separatistisch oder terroristisch hält. Mehrere Staaten setzten daraufhin ihre Auslieferungsabkommen mit Hongkong ausser Kraft. Die Schweiz scheint wenig zimperlich zu sein: wie diese Woche weiter bekannt wurde, hat das SEM mit rund 60 weiteren Staaten ähnliche Vereinbarungen abgeschlossen wie mit China, darunter auch mit Russland und der Türkei. Nachdem Mario Gattiker, der Staatssekretär für Migration, am Montag in der APK die Verträge zum Courant normal erklärte, scheint das Thema erledigt.

Zum Schluss: Ganz schlimm, diese Cancel-Culture!

Vergangene Woche haben die Demokraten Joe Biden als Präsidentschaftskandidaten nominiert. Sein offizielles Motto lautet *Build back better* – und es macht auf Deutsch auch nicht viel mehr Sinn als im Original. Diese Woche sind die Republikaner mit ihrem Parteitag dran. Und zumindest inoffiziell scheint deren Motto: «Die Cancel-Culture ist das Ende von Amerika.» Was ist Cancel-Culture? Hier finden Sie einen vernünftigen Text dazu. Was

ist Cancel-Culture für die US-Republikaner? Die neueste Ausgabe von: «Wir dürfen nichts mehr sagen, die Meinungsfreiheit ist tot, und schuld daran sind die Linken.» Jedenfalls prügelte eine Republikanerin nach der anderen auf diese böse, böse Cancel-Culture ein – bis ihnen Mary Ann Mendoza in die Parade fuhr. Mendoza hätte eigentlich am Parteitag sprechen sollen – teilte aber ein paar Stunden vor ihrem Auftritt dummerweise einen Twitter-Thread, der im Wesentlichen besagte: Die Rothschild-Banker haben sich verschworen, den Nichtjuden Land und Leben zu rauben. Die Parteileitung fackelte nicht lange, stellte die Meinungsfreiheit für einmal zurück – und cancelte den Auftritt der guten Frau Mendoza.

Was sonst noch wichtig war

- **Corona:** Ein Mann in Hongkong soll sich ein zweites Mal mit Sars-CoV-2 infiziert haben. Das vermeldeten Wissenschaftlerinnen der Universität von Hongkong. Die zweite Infektion soll bei dem 33-Jährigen ohne Symptome verlaufen sein.
- **Mittelmeer:** Der Streit zwischen der Türkei und Griechenland um ein Gasvorkommen im Mittelmeer spitzt sich zu: Beide Nationen kündigten diese Woche Militärmanöver im Meer an. Türkische Schiffe suchen zurzeit im östlichen Mittelmeer nach einem Erdgasvorkommen, zum Missmut der Griechen. Beide Länder beanspruchen das Gebiet für sich.
- **Israel:** Um ein Haar wäre die mühselig gebildete Koalitionsregierung in Israel an ihr Ende gelangt. Weil sich die beiden Premierminister Benjamin Netanyahu und Benny Gantz nicht auf einen Haushalt einigen konnten, drohten die vierten Neuwahlen in zwei Jahren. In letzter Minute konnte der Stichtag um drei Monate auf Ende Dezember verschoben werden.
- **Neuseeland:** Der Attentäter von Christchurch wurde am Donnerstag zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Die Richter gewähren dabei keine Möglichkeit auf Bewährung, zum ersten Mal unter dem in Neuseeland geltenden Recht. Der Mann hatte im März 2019 bei einem Anschlag auf zwei Moscheen in Christchurch 51 Menschen getötet und 50 weitere verletzt.
- **Dänemark:** Der Chef des dänischen Auslandsnachrichtendienstes FE, Lars Findsen, wurde suspendiert. Der FE soll während sechs Jahren gegen das Gesetz verstossen und dänische Bürgerinnen observiert haben, meldet eine Überwachungsbehörde. Zudem soll die FE Spionagemeldungen des Verteidigungsministeriums ignoriert haben. Die Vorwürfe basieren auf Dokumenten eines Whistleblowers.
- **Deutschland:** Seit zwei Jahren erhalten vor allem Politikerinnen und Künstler in Deutschland anonyme Drohschreiben, gezeichnet mit «NSU 2.0». Die Schreiben enthielten häufig Daten, die zuvor an Polizeicomputern in Hessen abgefragt wurden. Gemäss Recherchen der «Süddeutschen Zeitung» und des WDR führen die Spuren aber auch zur Polizei in Hamburg und Berlin.
- **Afrika:** Die Kinderlähmung Polio gilt auf dem ganzen Kontinent offiziell als ausgerottet. Seit vier Jahren sei kein Fall von Poliomyelitis mehr verzeichnet worden, meldet die Weltgesundheitsorganisation.
- **Schweiz I:** Das kommende Weltwirtschaftsforum in Davos, ursprünglich angesetzt auf den Januar 2021, wurde aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt. Zuvor war die geplante Veranstaltung bereits massiv verkleinert worden. WEF-Gründer Klaus Schwab hofft auf eine Durchführung im Sommer 2021.
- **Schweiz II:** Eine neue repräsentative Umfrage zu den Arbeitsbedingungen für Medienschaffende zeigt eine klare Abwärtsspirale bei den Löhnen: Seit 14 Jahren stagnieren die Einkommen, melden der Schweizerische Gewerkschaftsbund und die Gewerkschaft Syndicom

. Bei den Freischaffenden betrage der Medianlohn inzwischen 1000-Franken weniger im Vergleich mit 2006.

Top-Storys

Eine Partei sucht das Volk Am 22. August hat die SVP ihren neuen Präsidenten gewählt. Es wurde Marco Chiesa. Wer? Genau. Statt der beiden Hauden Andreas Glarner und Alfred Heer wurde es ein unscheinbarer Tessiner. Was läuft in dieser SVP? Die NZZ hat sich am 1. August an verschiedene Festbänke gesetzt – und der Basis den Puls gefühlt.

Eine doch nicht so glückliche Familie Familien-Content ist der Renner auf Youtube. Mit Videotagebüchern halten Eltern, meist in den USA, ihren vermeintlich ganz normalen Alltag mit den Kindern fest. So taten es jahrelang auch Myka und James Stauffer. Die Stauffer-Family dokumentierte das wilde Leben mit ihren zuerst fünf – und plötzlich nur noch vier Kindern. Ihr chinesischer, autistischer Adoptivsohn tauchte immer seltener auf. Bis Myka und James unter Tränen beichteten, ihn in eine neue Pflegefamilie gegeben zu haben. Eine Hasswelle schlug den Eltern entgegen, Sponsoren zogen sich zurück, neue Videos gibt es seither keine mehr. Das «New York Magazine» erzählt die traurige Geschichte hinter der Fassade.

Laut und überwacht – aber herzlich Die Band Feine Sahne Fischfilet gilt als eine der lautesten Stimmen gegen Rechtsextremismus im deutschen Osten – wortwörtlich. Mit einem Ex-Hooligan als Sänger und dem Verfassungsschutz im Nacken hat die Band seit ihrem Bestehen für die eine oder andere Kontroverse gesorgt. Der Schauspieler Charly Hübner hat die Gruppe drei Jahre lang begleitet. Der daraus entstandene Dokumentarfilm «Wildes Herz» erhielt mehrere Preise. Der MDR hat den Film diese Woche ausgestrahlt – und glücklicherweise auch in ihr Videoarchiv hochgeladen.

Illustration: Till Lauer